

Liebe Bundesräte und Bundesrätinnen

Seit Jahren beschäftigt uns die ungerechte **CH-Aussenpolitik** und wir bitten Sie dringend nachzuholen, was längst fällig ist.

**Wir sind entsetzt** darüber, dass Sie wiederum 40 Millionen SFr. von der Schweiz für zwei Jahre an die UNRWA zugesprochen haben. Im erklärenden Text berufen Sie sich auf die humanitäre Lage der Palästinenser, dass Sie den Jugendlichen Perspektiven geben möchten und die Stabilität der Region verbessern wollen. Es ist aber **genau das Gegenteil**, was Sie bewirken: Ihre finanzielle Unterstützung fördert die andauernde Feindschaft und den Terrorismus gegen Israel. Wir sind erstaunt, dass sich die «neutrale» Schweiz so verhält. Woher beziehen das EDA und die Bundesräte und Bundesrätinnen ihre Informationen?

Der **Missbrauch der Gelder** durch die UNRWA sind seit Jahrzehnten bekannt. Beispiele: Sie rühmen sich, dass Sie in 711 **Schulen** 500'000 Kindern eine Ausbildung zukommen lassen. Was werden diese Kinder gelehrt? Ganz Israel gehört den Palästinensern. Die Juden haben ihnen Land gestohlen und besetzt. Die palästinensischen Terroristen werden verehrt und die Kinder zu Märtyrern erzogen. Die von der UNRWA bezahlten palästinensischen Schulbücher sprechen davon.

Mit der finanziellen Hilfe erhalten die **Terroristen** bzw. ihre Familien grosszügige **Pensionen**. Das fördert die Gewalttätigkeit. Sie rühmen sich, dass Sie **Gesundheitszentren** unterstützen und das EDA hat kürzlich auch der Anklage gegen Israel in der WHO (Welt-Gesundheits-Org. der UNO) zugestimmt. Das ist Unrecht und Unkenntnis (DL hat dagegen gestimmt, viele europäische Nationen haben sich enthalten)! Israel gibt sich sehr Mühe, die Gesundheitssituation in den Gebieten zu unterstützen. Haben Sie einmal gehört, dass Kranke aus dem Gazastreifen und der Westbank in israelischen Spitälern versorgt werden (wie kürzlich Erekat, der Aussenminister der PLO) oder dass die Kriegsverletzten aus Syrien in Nordisrael behandelt wurden? Sie werden auch wissen, dass die jüdischen und arabischen Ärzte in Israel miteinander ausgebildet werden und in der Praxis heute mehr arabische als jüdische tätig sind (die Juden studieren heute eher Computerwissenschaft).

Die **Abstimmungen der CH in den UNO-Gremien** müssen Glaubwürdigkeit erlangen. Sie müssen sich unbedingt **völlig ändern**.

Die **Armut und der Entwicklungsrückstand der Palästinenser sind selbstverschuldet**. Sie weigern sich Israel anzuerkennen (die Hamas schriftlich und mündlich, die Fatah nur schriftlich). Sie könnten am Wirtschaftsaufschwung Israels teilhaben. Sie müssten allerdings Israel anerkennen und Land zugestehen. Die Siedlungen Israels westlich des Jordans sind nach internationalem Recht legal. (San Remo Konferenz 1920). Es gibt kein «palästinensisches Territorium». Die Palästinenser wollen einen «judenreinen» Staat. In Israel leben gegen zwei Millionen Araber.

Es ist **völlig uneinsichtig** von der **Zweistaatenlösung** zu sprechen, die die Mehrzahl der Juden und der Palästinenser (anonym befragt) nicht wünschen und für Israel keine Sicherheit und für die Palästinenser keinen Wohlstand bringt.

Ebenso **erstaunlich** ist, dass die CH keine der **Terrororganisationen** (Hamas, Hisbollah, PFLP) als solche kennzeichnet und in der CH **verbietet** (wie zum Beispiel in DL).

Und schliesslich: Weshalb soll die CH die **CH Botschaft nicht nach Jerusalem** verlegen? Gibt es ein anderes Land, das seine Hauptstadt nicht selbst bestimmen darf?

Zum Schluss noch ein Bibelwort, über das Sie nachdenken sollten: **Jedes Volk und jedes Reich, das Israel nicht dient, geht zugrunde**, die Völker werden völlig vernichtet (Jes. 60,12). Dieser Brief wird von IWS Mitarbeitern (Israel-Werke Schweiz) verantwortet, einer Arbeitsgemeinschaft in der deutschen Schweiz mit über 20 Werken und Tausenden von Unterstützern.

Muhen, 5. Dezember 2020

Claire Glauser, Markus Neurohr